INI01NEU

Antrag

Initiator*innen: LPT // Protkoll

Titel: **Unser Umgang mit der Pandemie**

Votum der Antragskommission

Block Familie - Gesundheit - Soziales

vor F01

Antragstext

Deutschland befindet sich aktuell in einer entscheidenden und kritischen Phase bei der Bekämpfung der COVID-19 Pandemie. Aufgrund des aktuell niedrigen Infektionsgeschehens in Sachsen und Deutschland ist eine eingeschränkte Rückkehr zur Normalität möglich. Doch die weltweite Ausbreitung von Virusvarianten und der rasante Wiederanstieg der täglichen Neuinfektionen in europäischen Ländern wie Portugal oder Großbritannien alarmiert uns. Weitere Pandemiewellen werden kommen – es liegt an uns, wie mächtig und tiefgreifend sie werden. Gemeinsam müssen wir weiterhin große Anstrengungen unternehmen, um einer möglichen weiteren Welle in Sachsen und Deutschland die Nahrung zu entziehen.

In den zurückliegenden Monaten hat eine Vielzahl von Maßnahmen dazu beigetragen, die Pandemie einzudämmen, eine Überforderung des Gesundheitssystems abzuwenden und den sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen der Pandemie entgegenzuwirken. Es gilt, diesen Status auch über den Sommer hinaus zu sichern. Aus den Entwicklungen im zweiten Halbjahr 2020 müssen Lehren gezogen werden, um für den anstehenden Herbst optimal vorbereitet zu sein. Über 10.000 Corona-Todesfälle in Sachsen und die deutschlandweit höchste Übersterblichkeit zeigen den Handlungsbedarf. Übergeordnetes Ziel ist es, Neuinfektionen weiter zu reduzieren und auf einem niedrigen Niveau zu stabilisieren, um einerseits die

Zahl der schweren Erkrankungen, Langzeitfolgen und Todesfälle durch COVID-19 zu minimieren und eine Überlastung des Gesundheitssystems nachhaltig zu vermeiden und um andererseits gravierende Einschränkungen dauerhaft vermeiden zu können.

Anders als vor einem Jahr liegen heute wissenschaftliche Konzepte für solch eine Niedriginzidenzstrategie. Das RKI hat das Konzept „Control COVID“ entwickelt, und eine unabhängige Gruppe aus Ärzt:innen, Virolog:innen, Jurist:innen, Ökonom:innen und einem breiten Spektrum weiterer Wissenschaftler:innen haben die No-COVID-Strategie erarbeitet. Die SPD Sachsen bekennt sich zu diesen Vorschlägen aus der Wissenschaft, und wird sich für eine Pandemiebekämpfung einsetzen, die sich daran orientiert.

Die Koordinierung zwischen Bund und Ländern für ein gemeinsames Vorgehen in der Pandemiebekämpfung hält die SPD Sachsen im Grundsatz für richtig. Diese Koordinierung darf eine schnelle und ortsspezifische Reaktionsfähigkeit angesichts der Gefahren, die von einer Ausbreitung von COVID-19-Virusvarianten wie der hochansteckenden Delta-Variante für Gesundheit und Gesellschaft ausgehen, aber nicht behindern. Da der Vollzug von Corona-Schutzmaßnahmen grundrechtseinschränkende Folgen haben kann, sind konsequente, aber auch verhältnismäßige Entscheidungen bei einem erneuten Ausbruchsgeschehen notwendig. Ziel muss sein, die Eingriffe so lang wie nötig und so kurz wie möglich aufrechtzuerhalten, auch um die Kapazitäten der öffentlichen Hand nicht zu überlasten. Die SPD Sachsen spricht sich dabei für den Grundsatz aus, die Pandemie lokal vor Ort zu bekämpfen, um flächendeckende Grundrechtseinschränkungen möglichst zu vermeiden.

Corona-Schutzmaßnahmen müssen dabei nachvollziehbar sein, damit sie in der Breite der Bevölkerung Akzeptanz finden und mitgetragen werden. Vorausschauende indikatorengestützte Stufenkonzepte, die lokal umgesetzt werden können, dienen dieser Zielsetzung. Die Kopplung an einen einzelnen Indikator (z. B. Inzidenz) erachten wir dabei nicht als ausreichend. Stattdessen muss die Einordnung der epidemischen Lage auf der Grundlage von Kennzahlen wie etwa die Belegung der Intensivstationen und der Risikofallanzahl (also die Anzahl an Fällen, die nicht lückenlos zurückverfolgt werden können) erfolgen, die der Komplexität des Infektionsgeschehens, der Belastung des Gesundheitssystems und den Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung durch COVID-19 Rechnung tragen. In Sachsen werden Stufenkonzepte unter Federführung unserer Gesundheitsministerin Petra Köpping bereits umgesetzt. Wir sprechen uns für die Beibehaltung von verbindlichen indikatorengestützten Stufenplänen aus, die fortlaufend an aktuelle Erkenntnisse angepasst werden.

Eine klare und widerspruchsfreie Kommunikation der Staatsregierung erachten wir mit Blick auf die Akzeptanzsteigerung ebenso als essenziell. Wir unterstreichen

dabei die Verantwortung der gesamten Staatsregierung bei der Pandemiebekämpfung in Sachsen und setzen uns dafür ein, dass Entscheidungs- und Krisenstrukturen dahingehend auf den Prüfstand gestellt werden, dass sie dieser Verantwortung auch gerecht werden. Eine Krise dieses Ausmaßes erfordert solidarisches Handeln aller Regierungsmitglieder insbesondere mit Blick auf die Ressourcen und Expertisen, die es zwingend braucht, um die Pandemie und ihre Folgewirkungen zu bewältigen.

Die Bewältigung der Corona-Pandemie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der wir vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gesundheits- und Pflegebereich viel verdanken. Aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern sind dabei sehr wichtige Akteure, die in den vergangenen Monaten viel geleistet haben. Die Krise hat strukturelle Schwachstellen im Öffentlichen Gesundheitsdienst Sachsen aufgezeigt, die die Beschäftigten nur mit hohem persönlichen Einsatz ausgleichen konnten. Dafür gilt ihnen unser Dank und unsere Anerkennung. Mit dem Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst gehen Bund und Länder die nötigen Schritte, den ÖGD auf allen Ebenen bei der Wahrnehmung seiner vielfältigen Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung zu stärken und zugleich zu modernisieren. Angesichts einer drohenden vierten Welle werden wir uns dafür einsetzen, den Personalaufbau und die Digitalisierung in den Gesundheitsämtern zu beschleunigen. Als SPD Sachsen erneuern wir unsere Forderung nach einem Landesgesundheitsamt, das mittelfristig die Koordination und Vernetzung verbessern und so die kommunalen Gesundheitsämter unterstützten kann.

Die effektive Testung und die Nachverfolgung von Kontaktpersonen sowie die zügige Isolierung sind ein wesentliches Element in der Eindämmung von Ausbruchsgeschehen. Ein gut aufgestellter Öffentlicher Gesundheitsdienst und stabile Inzidenzen auf niedrigem Niveau stellen sicher, dass dies lückenlos durchgeführt werden kann. Um das Ziel zu erreichen, Infektionsketten frühzeitig zu unterbrechen, spricht sich die SPD Sachsen dafür aus, gerade über Phasen niedriger Inzidenzen hinweg eine flächendeckende Schnelltest-Infrastruktur vorzuhalten. Die SPD Sachsen sieht regelmäßige, freiwillig und professionell durchgeführte Schnelltestungen als wichtigen Baustein an, die Verbreitung von COVID-19 zu bremsen, da so verdeckte Infektionen frühzeitig entdeckt werden können. Dabei ist zwar grundsätzlich der Bund in der Pflicht, eine entsprechende Finanzierung von Testzentren auf den Weg zu bringen, die einen Betrieb in der Fläche trotz rückläufiger Testzahlen ermöglicht. Um die Testinfrastruktur nicht zu gefährden, muss aber auch eine Finanzierung aus Landesmitteln möglich sein. Gleichzeitig braucht es dauerhafte Kampagnen, die der Testmüdigkeit entgegenwirken und Testanreize schaffen.

Eine zentrale Säule in der Bekämpfung der Pandemie ist eine schnell

voranschreitende Impfkampagne. Es gilt, die errungenen Erfolge schnell auszubauen, um die reale Gefahr einer weiteren Welle berechenbar zu machen. Die Impfinfrastruktur, deren Aufbau in Sachsen in kürzester Zeit gelang, hat sich trotz aller Schwierigkeiten bewährt. Gleichwohl braucht es niedrigschwellige Impfangebote, die ohne großen technischen und zeitlichen Aufwand von Impfwilligen wahrgenommen werden können. Die Impfpriorisierung hatte bei starker Knappheit der verfügbaren Impfstoffe diese zurecht auf die vulnerabelsten Gruppen konzentriert. Da inzwischen aber grundsätzlich genug Impfstoff vorhanden ist, begrüßt die SPD Sachsen die von Petra Köpping angekündigten Flexibilisierung für die Impfstoffvergabe in den Impfzentren ausdrücklich. Darüber hinaus spricht sich die SPD Sachsen dafür aus, aufsuchende Impfangebote etwa durch mobile Teams deutlich auszubauen – insbesondere in Regionen, die von Mobilitätshemmnissen oder besonderen demografischen oder sozialen Lagen gekennzeichnet sind. Dabei sollte es regelmäßige Impftage an Einrichtungen des Sozialwesens und Bildungseinrichtungen oder durch den betriebsmedizinischen Dienst geben.

Dazu sollen niedrigschwellige Aufklärungskampagnen fortgeführt und aufgelegt werden, damit Unsicherheiten begegnet und der weiterhin hohe Informationsbedarf gedeckt werden kann. Wichtigste Partner sind hier weiterhin die sächsischen Hausärztinnen und Hausärzte, mit denen gemeinsam auch nach weiteren Wegen gesucht werden sollte, Menschen zur Corona-Impfung umfassend zu informieren, etwa über eine aktive Ansprache seitens der Ärzteschaft.

Mit Sorge nehmen wir wahr, dass die Impfbereitschaft sinkt. Daher appellieren wir: Mit einer Impfung schützt man nicht nur sich selbst, sondern auch andere! Je mehr Menschen geimpft sind, desto höher sind die Chancen auf einen Jahresverlauf ohne große Einschnitte in unserem privaten, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Nur eine ausreichend hohe Impfquote kann die erneute Schließung von Schulen und Kitas, des Einzelhandels und von Kultureinrichtung wirksam verhindern.

Wir wollen auch weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um Kitas und Schulen auch bei steigenden Inzidenzen so lange wie möglich offen zu halten. Kinder und Jugendliche brauchen diese Orte für ihre Bildung, ihre persönliche Entwicklung und nicht zuletzt für ihre seelische Gesundheit. Sie brauchen den Kontakt zu anderen Kindern und Jugendlichen, um zu lernen und gemeinsam heranzuwachsen. Kein digitaler Unterricht kann – das haben die Erfahrungen der letzten Monate gezeigt – die so notwendigen persönlichen Aspekte von Bildungsvorgängen ersetzen.

Gerade weil für Kinder unter zwölf Jahren gar keine und darüber hinaus nur eine eingeschränkte Impfempfehlung vorliegt, ist es umso wichtiger, ihr Umfeld zu

immunisieren. Eltern und ältere Geschwister, Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher - alle an den Kitas und Schulen beschäftigten Personen tragen mit ihrer Impfung dazu bei, einen Gemeinschaftsschutz aufzubauen und die Kinder und solidarisch zu schützen.

Die vergangen Monate wurden gut genutzt, um Kindertageseinrichtungen und Schulen zu sicheren Orten zu machen. Mit der konsequenten Umsetzung eingeübter Hygiene- und Lüftungskonzepte, der vorgezogenen Impfung von Lehrkräften und Erzieher*innen, mit zusätzlicher räumlicher Ausstattung (z.B. Differenzierungsräume und Trennwände) durch die Schulträger und neuen Formen der Unterrichtsorganisation (z.B. Selbstlernphasen und Werkstattunterricht) durch die Lehrkräfte wurde eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen. Kitas und Schulen sind inzwischen pandemiegerechter organisiert. Und natürlich hat insbesondere die regelmäßige und flächendeckende Testung von Kindern, Erzieher*innen und Lehrkräften entscheidend dazu beigetragen, die Zahl der Infektionen drastisch zu reduzieren.

Doch der Auftrag, eine pandemiegerechte Bildungslandschaft zu organisieren, erschöpft sich nicht in Fragen des Infektionsschutzes. Lüftungskonzepte und Luftfilter, Abstandsregeln und Schnelltests tragen dazu bei, Bildungseinrichtungen offen zu halten. Doch entscheidend ist, was drin passiert! Entscheidend ist, dass die Bildungsprozesse in diesen Einrichtungen gelingen und zu Erfolgen führen. Hier muss durch die Kultusverwaltungen noch viel geleistet werden. Corona hat uns vor Augen geführt, dass die schon lange bekannten Erkenntnisse der Bildungswissenschaften für gelingendes Lernen endlich umgesetzt werden müssen. Mehr Schülerorientierung und Selbständigkeit, weniger Stofffülle, dafür mehr tiefes und praktisches Verständnis, Projektarbeit und lebensweltliches Lernen, differenzierte Rückmeldungen und Lernstandserhebungen statt pauschaler Noten: All das ist nötig, um Kindern und Jugendlichen für ihr späteres Leben jene Fähigkeiten mitzugeben, die sie wirklich brauchen: Selbständigkeit, Urteilsfähigkeit, Verantwortungsgefühl und Resilienz. Übrigens genau jene Fähigkeiten, welche die Corona-Pandemie ihnen und auch uns Erwachsenen heute schon abverlangt hat.

Unser besonderer Dank gilt den Beschäftigten in den Pflegeeinrichtungen. Sie leisten viel, um die Heimbewohnerinnen und -bewohner zu schützen, indem sie zusätzlich zu ihrer anspruchsvollen Arbeit Hygienekonzepte und Testregime umsetzten. Es ist uns sehr wichtig, sie darin weiterhin wirkungsvoll zu unterstützen. Aus der Erfahrung der vergangenen Monate heraus gilt es, ein besonderes Augenmerk weiterhin darauf zu richten, hochgefährdete Bevölkerungsgruppen so zeitig wie möglich zu schützen – aktiv wie passiv. Aktiver Schutz heißt, bei der Verteilung von Auffrischungsimpfungen jene prioritär zu versorgen, die aufgrund einer medizinischen Indikation besonders

durch eine mögliche COVID-19-Infektion gefährdet sind sowie jene, die aufgrund ihrer Arbeits- und Lebensumstände einem hohen Expositionsrisiko ausgesetzt sind, allen voran die Beschäftigten im Pflege- und Gesundheitswesen. Insbesondere braucht es gemeinsame Anstrengungen, um die Impfbereitschaft in den Pflegeeinrichtungen zu erhöhen. Passiver Schutz heißt, weiterhin dafür Sorge zu tragen, dass insbesondere Einrichtungen der ambulanten und stationären Pflegeeinrichtung über umfassende Schutzausrüstung verfügen und in die Lage versetzt werden, Testregime und Hygienekonzepte zu verbessern und umzusetzen. Infektionsschutzmaßnahmen, die zu einer erneuten dauerhaften Isolierung von pflegebedürftigen Menschen führen, lehnen wir ab. Daher gilt es nun, ausreichend Vorsorge zu treffen, um die soziale Teilhabe von Betroffenen im Falle einer sich verschärfenden pandemischen Lage nicht unverhältnismäßig zu beschneiden. Die beste Vorsorge ist dabei eine dauerhaft niedrige Inzidenz. Dies zu erreichen ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die vor allem außerhalb der Pflegeeinrichtungen gestemmt werden muss.

In Folge der sukzessiven Ausweitung der Infektionsschutz-Anforderungen in der Arbeitswelt haben auch Unternehmen und Beschäftigte ihren Anteil zur Eindämmung der Pandemie geleistet. Die bewährten Maßnahmen wie die Wahrung des Abstands am Arbeitsplatz, das Tragen von medizinischen und FFP2-Masken oder die regelmäßigen Antigen-Schnelltests für nicht vollständig geimpfte bzw. von einer COVID-19 Erkrankung genesene Beschäftigte leisten auch bei niedrigen Inzidenzen einen Beitrag zum Schutz vor der Wiederverbreitung des Virus. Homeoffice trägt weiter zur Kontaktminimierung bei und sollte bei steigenden Inzidenzen entsprechend des Stufenplans wieder stärker verpflichtend werden.

In Folge der sukzessiven Ausweitung der Infektionsschutz-Anforderungen in der Arbeitswelt haben auch Unternehmen und Beschäftigte ihren Anteil zur Eindämmung der Pandemie geleistet. Die bewährten Maßnahmen wie die Wahrung des Abstands am Arbeitsplatz, das Tragen von medizinischen und FFP2-Masken oder die regelmäßigen Antigen-Schnelltests für nicht vollständig geimpfte bzw. von einer COVID-19 Erkrankung genesene Beschäftigte leisten auch bei niedrigen Inzidenzen einen Beitrag zum Schutz vor der Wiederverbreitung des Virus. Homeoffice trägt weiter zur Kontaktminimierung bei und sollte bei steigenden Inzidenzen entsprechend des Stufenplans verpflichtend werden. Präsenzarbeit sollte bei hohen Inzidenzen nur noch in strengen Ausnahmefällen möglich sein. Ein Nachweis über einen aktuellen negativen Test, eine abgeschlossene Impfung oder eine überstandene Infektion sollte dann ebenso erforderlich sein wie ein Hygienekonzept, dass mindestens die allgemeinen Hygieneanforderungen wie Maskenpflicht und Abstandsregelungen umfasst.

Wir haben in den letzten anderthalb Jahren viel über das Leben unter Pandemiebedingungen gelernt. Wir haben eine grundsätzlich hohe Akzeptanz von notwendigen Hygienemaßnahmen wie dem Maskentragen und besitzen mittlerweile

hochwirksame Impfstoffe. Wir haben Erfahrungen und Erkenntnisse, welche Maßnahmen wirksam und sinnvoll sind. Doch über allem steht die Frage der Akzeptanz, die wir in möglichst allen Teilen der Bevölkerung benötigen, um weitere Pandemiewellen zu verringern – oder gar ganz zu verhindern. Wir als SPD Sachsen werben bei allen Menschen stetig und intensiv dafür, die Pandemie ernst zu nehmen und sich solidarisch an die jeweils nötigen Regeln zu halten.

Die Corona-Pandemie ist eine schwere Krise. Sie hat vielen Menschen viel Leid zugefügt. Ihre Eindämmung hat uns allen viel abverlangt. Sie hat unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen gestellt. Umso wichtiger ist es, dass wir diese Krise auch als Wendepunkt begreifen, um Entwicklungen, die schon lange hätten angeschoben werden sollen, nun wirklich voranzubringen – im Bereich der schulischen Bildung genauso wie in der Arbeitswelt, der Digitalisierung, im Umwelt- und Klimaschutz oder im Gesundheitswesen.